

Westfälisches Volksblatt
21.01.2016

»Demoroute vor Ort geändert«

Landrat antwortet Koch

Paderborn (mai). Die geänderte Streckenführung bei der AfD-Demonstration am vergangenen Freitag sei erst Abends aufgrund der aktuellen Lage vor Ort festgelegt worden. Das teilt Landrat Manfred Müller in seiner Eigenschaft als Behördenleiter der Kreispolizei Günter Koch in einem Schreiben mit.

Wie gestern berichtet, hatte der AfD-Kreisvorsitzende in einem Brief an Müller kritisiert, dass der Umzug entgegen der vorherigen Abstimmung mit der Polizei deutlich verkürzt worden und er als Versammlungsleiter erst während der Veranstaltung darüber informiert worden sei. Der Vermutung, dass der alternative Aufzugweg bereits im Vorfeld festgestanden habe, widerspricht Müller. »Vor der Versammlung stand ein alternativer Aufzugweg nicht fest.« In Einsatzvorbereitungen würden aber grundsätzlich alternative Routen in Betracht gezogen. Dass es, je nach Verlauf, zu einer eventuellen Änderung des angemeldeten Weges kommen könnte, sei Koch mitgeteilt worden. »Tatsächlich wurden weder der optionale Weg noch der angemeldete Weg aufgrund der aktuellen Lageentwicklung gewählt«, schreibt



Manfred
Müller

Müller. Wie am Samstag berichtet, hatte es unter anderem eine Sitzblockade von Gegendemonstranten an der Ecke Ferdinandstraße/Riemekestraße gegeben.

»Die Veränderungen des Aufzugweges haben erheblich dazu beigetragen, dass die Versammlungen weitestgehend störungsfrei nebeneinander durchgeführt werden konnten«, stellt Müller fest. Es sei dabei Aufgabe und Intention des Einsatzleiters, Ausschreitungen zwischen Demonstranten und Gegendemonstranten zu verhindern. Müller weist auch den Vorwurf zurück, dass möglicherweise nicht genug Einsatzkräfte vor Ort gewesen seien. Die Polizeiführung habe aufgrund der aktuellen Entwicklung an der Florianstraße, wo beide Versammlungen unmittelbar zusammentreffen sollten, die Route geändert.

Die Polizei musste laut Müller davon ausgehen, dass in Teilen des angemeldeten Weges unmittelbare Gefahren für die Teilnehmer bestanden. Der Landrat bietet Günter Koch in seinem Schreiben zudem ein weiteres Gespräch zur Erläuterung der polizeilichen Entscheidungen an.